

05.2018 Orts-SPD bewertet Ablehnung des Projekts Bürgersaal

Hauptthema in der Monatsversammlung des SPD-Ortsvereins, die im Gasthaus Weissbräu Schwendl stattfand, war die Ablehnung des Projekts Bürgersaal im Gemeinderat, weiter wurde ein vorliegender Gesetzesentwurf der SPD-Landtagsfraktion behandelt und es wurden die nächsten Termine besprochen.

Bürgersaal

Der Vorsitzende Helmut Haigermoser berichtete über das Thema Bürgersaal, das in der letzten Gemeinderatssitzung im nichtöffentlichen Teil behandelt wurde, auf seinen Antrag hin wurde die Nichtöffentlichkeit aber dann aufgehoben. Ganz deutlich wollte Haigermoser eingangs aber darauf hinweisen, dass nicht der Gemeinderat das Projekt ehemaliger Postsaal ablehnte, wie in den Katholischen Gottesdiensten verkündet wurde, sondern dass es die Mitglieder der Gemeinderatsfraktion Freie Wähler waren, die geschlossen gegen die ausgearbeitete Absichtserklärung mit der Katholischen Pfarrkirchenstiftung gestimmt haben und dazu zwei Gemeinderatsmitglieder aus Emertsham, die der CSU-Fraktion angehören. Unsere SPD-Fraktion im Gemeinderat, so Haigermoser, hat seit 3 Jahren das Thema intensiv verfolgt und war schon frühzeitig, immer auch durch Nachfragen, auf dem aktuellstem Stand und hat seine Bewertungen dazu auch frühzeitig abgegeben. Es kann doch nicht sein, so Haigermoser, dass nach mehreren Abstimmungsgesprächen mit der Kirchenverwaltung, in denen man sich sogar auf eine abschließende Formulierung einigte, plötzlich eine ganz neue Situation vorgeschlagen wird. Das hätten die Freien Wähler vor Monaten einbringen sollen, dann hätte man schon vor der aktuellen Beschlussfassung bereits die Stimmung in der Bevölkerung gegen einen Saal im Stile des alten Giesser Hauses wahrnehmen können und man hätte keine Verzögerung zu verantworten, so aber besteht die Gefahr, dass man jeden Respekt als fairer und verlässlicher Verhandlungspartner verliert. Für uns zählte auch nicht die Frage, ob es der Postwirtin zu gönnen ist, dass sie den alten Saal veräußern könne und auch nicht, ob der Bürgermeister immer aktuell über alle geführten Verhandlungsgespräche im Gemeinderat berichtete, das hätte man bei frühzeitigem Interesse immer einfordern können und müssen, wir fänden es einfach nur wichtig, auch toll und auch für alle Bürger gewinnbringend, wenn dieses Gemeinschaftsprojekt verwirklicht würde, so der SPD-Ortsvorsitzende. Die unabhängigen Bürger sollten sich nicht täuschen lassen von der neuen „kompetenten“ Idee einer politischen Gruppierung. Es war uns allen im Gemeinderat natürlich bekannt, dass die Kirchenverwaltung vorab verschiedene Grundstücke geprüft hat, auch die Machbarkeit, inwieweit das Vorhaben geeignet und auch zu finanzieren ist. Selbst der Pachtzins, der den Freien Wählern zu hoch erscheint, war besprochen, „sehen sie es als politische Ausgabe, das ist der Kirche eben dieses übergreifende Projekt wert“ war die Aussage und nicht

die Tachertinger Bürger bezahlen das, was eine Aussage der Freien Wähler war, sondern das kirchliche Ordinariat in München. Völlig unverständlich war für Haigermoser auch die Tatsache, dass mehrere Gemeinderatsmitglieder gegen die Absichtserklärung mit der Pfarrkirchenstiftung stimmten, die vermeintlich der Kirche nahestehen, dort sogar Ehrenämter ausübten, sich dann aber nicht den Ausführungen und Argumenten der Kirchenverwaltung anschlossen, sondern ihrer parteipolitischen Richtung folgten. Die einhellige Meinung der Versammlung war dann dazu, man kann nur hoffen, dass die Kirchenverantwortlichen der politischen Gemeinde eine weitere Frist einräumt, den Antrag der Freien Wähler entsprechend bearbeiten zu können und dass dann hoffentlich noch einmal, zeitnah, mit aktuellen Erkenntnissen, ein entsprechender Antrag im Sinne des Bauherrn Katholische Kirchenstiftung im Gemeinderat behandelt und zu einer doch positiven Abstimmung gebracht werden kann.

Antrag Landtagsfraktion

Haigermoser stellte dann einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes vor, das am 18. April in erster Lesung im Landtagsplenum vorgestellt wurde. Es sollen vor allem die Befugnisse der Personalvertretungen gestärkt werden, sie sollen in allen personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten eine sogenannte Allzuständigkeit erhalten, weil die bisherige Aufzählung der Mitbestimmungstat-beständen als nicht mehr zeitgemäß angesehen wird.

Termine

Am Samstag, 12. Mai beteiligt sich der Ortsverein an einer Wanderung der Traunreuter SPD zum Schloss Pertenstein, Treffpunkt ist um 10.00 Uhr am Parkplatz des k1. Geplant wird aktuell auch eine Besichtigung der Lebenshilfswerkstätten in Piding. Auch interessierte Bürger können sich dazu bei Helmut Haigermoser, Telefon 08621 5275 informieren oder anmelden.